

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

20.12.1923 (No. 350)

Besondere: 75 Goldsta. frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unserer Agent. oberhalb 70 Goldsta. Durch die Post bez. monatl. 4 20 ausf. Aufschlag. Einzelverkaufspreis 15 Pf.

Am Falle höherer Gewalt hat der Besitzer keine Ansprüche bei verfallenen oder nicht eingelösten der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den folgenden Monatsleben angenommen werden.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schließzahl: Grundzahl für die badische Nonpareille oder deren Raum 200, auswärts 240, Familienanzeigen und Stellenangebote 100, Reflektoren 200, an erster Stelle 250, Schließzahl 1 400 000 000. Rabatt nach Tarif. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1. Verlagsdirektion: Geschäftsstelle Nr. 18, Berlin Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Hauptvertrieb Nr. 19, Postfach Nr. 9547 Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Geschäftsführer: Hermann v. Paer. Verantwortlich für Politik: Felix Ehrhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Söbke; für Interaktive: Heinrich Schriever, sämtlich in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin-Postfach, Mosartstr. 87. Telefon-Zentrum 428. Für unvollständige Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr.

120. Jahrg. **Donnerstag, den 20. Dezember 1923** Nr. 350

Die badischen Finanzen.

Heute am Donnerstag trifft der Reichsfinanzminister Dr. Lütger in Karlsruhe ein, um sich mit dem badischen Finanzminister über die Geldsorgen der Staatskassen zu unterhalten. Es fehlt nicht an Stoff zur Unterhaltung. Wir hoffen, daß der badische Finanzminister seinem Kollegen in der Reichsregierung ganz unverblümt darlegt, wie man hier in Baden über die Berliner Finanzwirtschaft denkt, und warum wir hier in Baden ebenso lebhaft wie in Bayern den Wunsch haben, daß die Verfügung über den Geldbeutel der badischen Steuerzahler wieder unserer heimischen Regierung übertragen wird. Reichsfinanzminister Dr. Lütger war vor seiner Ministerialtätigkeit Oberbürgermeister von Eisen. Er weiß sehr wohl, wie erzieherisch es wirkt, wenn die Mächtigen in Staat und Gemeinde, die die Ausgaben beschließen dürfen, auch die Verantwortung für die Einnahmen tragen. Er weiß gewiß, daß diese Verantwortung bei der Ordnung der Finanzen eine sehr wesentliche Rolle spielt. Wir erwarten gerade von dem ehemaligen Eisen Oberbürgermeister, daß er die unerlässlichen Vorbedingungen einer gesunden Selbstverwaltung in den Ländern und in den Gemeinden den Berliner Zentralstellen abringt. Wie man hört, ist der Plan der Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder der Verwirklichung nahe.

Der badische Finanzminister Köhler wird dem Reichsfinanzminister den neuen, auf Goldmark eingestellten Haushaltsplan vorlegen. Mit raschem Entschluß hat der badische Staat einen Schritt unter die fürchterliche Papierrechnung gemacht, um wieder zu einem Anfang zu kommen. Wagt und viel Unheil steht in den Visionen- und Trübsalträumen. Dessen wir, daß mit dem Schritt, der am 15. November gezeichnet worden ist, diese ideologischen Bahnen für immer hinter uns bleiben. Die Regelung der abgeschlossenen Papiermarkrechnung wird gewiß noch manche Sorge machen, aber wichtiger ist die nächste Zukunft. Bei einem Empfang, den der badische Staatspräsident den Vertretern der Zeitungen kürzlich gegeben hat, hat er in feiner Eigenschaft als Finanzminister Mitteilung über die Finanzlage des badischen Staates gemacht. Die Zeitungen haben der Öffentlichkeit bereits die wichtigsten Ausführungen des Finanzministers mitgeteilt. Man hat dadurch erfahren, mit welchen leider recht brutalen Mitteln eine Kürzung der Ausgaben vorgenommen werden muß. Die sachlichen Ausgaben des Staates sind einfach 50 Prozent niedriger angelegt worden als in der Vorjahreszeit. Die sachlichen Staatsausgaben, die stets einen Maßstab für die finanzielle Kraft eines Staates geben, werden soweit als möglich zugunsten der Personalausgaben geopfert. Es geht leider nicht anders, denn in erster Linie muß der Staat Mittel haben, um die unbedingt nötige Zahl von Beamten zu bezahlen.

Man hört oft, daß die badischen Finanzen durchaus gesund sind, und sie sind es auch. Das zeigt sich schon in der Bewertung des Badendollars. Aber eine beunruhigende Unsicherheit ist durch die allmähliche Abhängigkeit von Berliner Zuschüssen gesetzt. Diese Unsicherheit muß beseitigt werden. In den 42 749 000 Goldmark Einnahmen der nächsten vier Monate stehen fast 70 Prozent Berliner Zuschüsse (10 901 000 Goldmark, Beihilfenzuschüsse (75 Prozent der Gehälter), an Steuern 10 100 000 und 10 Millionen innerhalb der nächsten vier Monate von Berlin übergeben werden, für die badische Ordnungspolizei soll das Reich über 2 Millionen zahlen. Aus dieser starken Abhängigkeit müssen wir heraus, der verständlichen Gründe wegen. Die Zuschüsse für die Beamten machen etwa 40 Prozent der jetzigen Staatseinnahmen aus. Unser Ziel muß sein, finanziell auf eigenen Füßen stehen zu können. Dazu ist in erster Linie nötig, daß die Länder wieder das volle Recht auf die Einkommensteuer bekommen. Aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer erwartet Baden für die nächsten vier Monate 7 860 000 Goldmark. Es werden uns mit der Rückgabe der Steuerhoheit nicht lauter Annehmlichkeiten zufließen, es werden auch einige Unbequemlichkeiten dazu kommen, und im Pandtag und in den Gemeindeparslamenten werden Fragen aufkommen, die man bisher umgangen hat. Es scheint fast, als ob man in Parteifreien gar nicht so entzückt von dieser Aussicht sei. Es war halt so bequem, alle Schuld auf die Berliner abzuwälzen; aber es ist gut, wenn die Steuerdebatten, die so manche Kräfte im Reichstag verurteilt haben, aus dem Reichsparlament in die Pandtage verlegt werden, wo Kräfte ohne außenpolitische Rückwirkung sind. Der Reichstag muß soweit als möglich von innenpolitischen Lasten befreit werden, damit er sich weit stärker als bisher auf die großen Fragen der Außenpolitik einstellen kann. Allerdings brauchen wir dazu einen anderen Reichstag als den jetzigen.

Wenn die Länder das Steuerrecht wieder erhalten, so bedeutet das nicht Befreiung von den Kriegsschadenslasten, die dem

Reich aufgebürdet sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reich die Mittel auch weiterhin erhalten muß, um seine Last abtragen zu können. Das Reich wird weiterhin bestimmte und sehr hohe Steuern erheben und es wird wahrschein-

lich von den Ländern bestimmte Zuschüsse fordern müssen. Auf diesem Umweg werden dann auch die Einzelländer die große Politik verspüren und mit ihnen weitere Volkstreffen. Auch das wird erzieherisch wirken.

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Hungeranleihe

Die üblichen Winkelzüge.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet: In der Pariser Presse wurde gestern ganz unverhüllt gesagt, Deutschland könne die Priorität für die Lebensmittelanleihe bei den Vereinigten Staaten erhalten, wenn es die „Politik des 11. Januar“, also die Legalität der Ruhrbesetzung, anerkenne. Man will also auch diese Frage zum außenpolitischen Druckmittel machen. Nach dem Versailler Vertrag genießt die Reparationszahlung die Priorität vor allen anderen auswärtigen Finanzpflichten Deutschlands, also auch vor dem Zinsendienst einer Lebensmittelanleihe. Das ergibt sich aus Artikel 248 des Versailler Vertrages, der, wie in einem bemerkenswerten Aufsatz der dem Kanzler nachfolgenden „Germania“ festgestellt wird, durch den Artikel 251 näher erläutert und auch eingeschränkt wird.

Der Schlüsselsatz des Artikel 251 lautet: „Die Kosten der deutschen Lebensmittel- und Großstadtversorgung und aller anderen von Deutschland zu leistenden Zahlungen, die nach dem Guichard der alliierten und assoziierten Mächte notwendig sind, den Deutschen die Erfüllung der Reparationspflichten zu ermöglichen, genießen eine Priorität in dem Maße und unter den Bedingungen, wie sie von den Regierungen der ermähnten Mächte festgesetzt sind oder werden.“

In diesen Artikel will man in Frankreich anknüpfen, um die unmittelbare Entscheidung über die deutsche Hungeranleihe zu verschieben. Die Reparationskommission wird also vielleicht die Prioritätsfrage an die alliierten Regierungen ausdehnen auf die Postkonferenz abgeben. Aus diesem Artikel will man dann, beläuen wollen das Erreichen um die Priorität zunächst abweisen, damit aber nicht sagen, daß es die Verwirklichung Deutschlands während der Wintermonate behindere. Weiter heißt es, daß man eine doppelte Unterordnung veranlassen wolle: wie auch die deutschen Lebensmittelbedürfnisse sein sollen und ob Deutschland nicht aus eigenen finanziellen Mitteln sie decken könne. Es ist klar, daß eine solche Unterordnung den Lebensmittelfeld für Deutschland zu veräußern würde, daß er entzöge, wenn es bereits zu spät wäre. Die Mächte, mit denen man die Prioritätsfrage einer unmittelbaren Entscheidung entziehen will, zeigen, daß man den süßen Einbruch sieht, den eine sofortige offene Ablehnung machen müßte. Noch mehr als für die Lebensmittelanleihe gilt der Artikel 251 des Versailler Vertrages für den großen Wiederaufbaukredit. Die amerikanische Meinung übermalt sich anknüpfen. Diese Finanzoperation würde, wie es heißt, „alle bisherigen an Umfang in den Schatten stellen“ und sie soll auf die Initiative der amerikanischen Regierung durch amerikanisches und vielleicht auch einheimisches Kapital anfangen kommen. Bei diesem Kredit wäre die Priorität nicht mehr eine juristische, sondern eine soziale und materielle Voraussetzung; denn noch mehr als der Ernährungszins der Wiederaufbaukredit die klare Voraussetzung einer späteren deutschen Zahlungsfähigkeit.

Die Entscheidung über die Lebensmittelleidete vertagt.

Paris, 19. Dez. Die für heute nachmittags vorgesehene Sitzung der Reparationskommission, in welcher der deutsche Antrag betr. den amerikanischen Nachruhmittelkredit zur Sprache kommen sollte, wurde wegen Abwesenheit des englischen Delegierten auf Freitag vertagt.

Die Brotversorgung gesichert.

6. Berlin, 19. Dez. (Drabter.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat unter dem Vorsitz des Reichsministers Kanitz eine Beratung stattgefunden. Die Verhandlungen betrafen zunächst die allgemeine Ernährungslage, die Preisgestaltung und die Lage der Brotversorgung. Die Reichsregierung verfügt im Augenblick über einen Bestand, der auf längere Zeit eine Gefährdung ausschließt.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

6. Berlin, 19. Dez. (Drabter.) Das Reichskabinet erklärte sich in der heutigen Sitzung mit gewissen Abänderungsvorschlägen des 15. Ausschusses des Reichstages zur zweiten Steuerordnung einverstanden. Eine Anzahl weiterer Beschlüsse des Ausschusses fand keine Zustimmung. Eingehend wurde die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen beraten und beschlossen, in

Die Autos der Militärkontrollkommission.

Berlin, 19. Dez. In der Note der Postkonferenz vom 21. November 1923 über die Wiederannahme der Kontrolle in Deutschland wird die auch in der französischen Presse immer wiederkehrende Behauptung aufgestellt, daß Deutschland seit 10 Monaten jede Kontrolle unmöglich gemacht habe. Dieser Behauptung steht die Tatsache gegenüber, daß die von Deutschland zu zahlenden Kosten für Benützung von Kraftwagen zu Kontrollzwecken auch in den letzten 10 Monaten annähernd dieselben geblieben sind, wie früher. Da nach dem von General Nollet erstellten Verwaltungshandbuch und nach den wiederholten ausdrücklichen Versicherungen des Chefs des Verwaltungsbüros, Oberst Dag, die Benützung der Dienstkraftwagen streng auf das dienstliche Bedürfnis beschränkt ist, ist zu erwarten, daß in diesen 10 Monaten die Ueberwachungsstätigkeit nicht einen Augenblick zurückhat, wenn auch beiderseitig keine Beauftragte für französische und belgische Mitglieder gestellt wurden.

Frankreich im Kampf mit der Teuerung.

Paris, 19. Dez. Savas meldet: Die französische Regierung hat zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung den Generalinspektoren Rimbert bestellt. Dieser ist dem Ministerpräsidenten direkt untergeordnet. Rimbert ist als der Militärkarriere hervorgegangen.

Die Wahrheit.

Washington, 19. Dez. Der demokratische Senator Owen erklärte in einer Rede im Senat unter anderem, daß das Pariser und das Petersburger Kabinett von 1914 für den Ausbruch des Weltkrieges in höherem Maße verantwortlich seien als die damalige deutsche Regierung.

Paris, 19. Dez. (Drabter.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington hat der Senator Robert La Follette (Demokrat) gestern bei einem heftigen Angriff auf Frankreich das Pariser und das Petersburger Kabinett für den Krieg erklärt, höher als das Berliner Ministerium. Es sei von höchster Wichtigkeit, fügte er hinzu, daß die Welt diese Zusammenhänge jener Tage kennen lerne. Die Welt solle wissen, welche Rolle sie bei der Herbeiführung des Weltkrieges gespielt hätten, wie sie die Presse beschönigen und kontrolliert hätten, wie sie die öffentliche Meinung nach ihrem Belieben geformt und die Völker gelehrt hätten, einander zu hassen und zu fürchten und Armeen zu organisieren, soweit es ihre finanziellen Kräfte nur irgend zuließen.

Bayern lehnt das Ermächtigungsgesetz ab.

München, 19. Dez. (Drabter.) Am bayerischen Landtag erfolgte heute abend die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Abgegeben wurden 145 Stimmen, davon 91 für das Ermächtigungsgesetz und 54 dagegen. Da die notwendige Mehrheit nicht vorhanden ist, ist das Gesetz abgelehnt.

Der neue Reichsbankpräsident.

Berlin, 19. Dez. (Drabter.) Der „Lokalanz.“ alaut, daß noch im Laufe des heutigen Abends die Interaktion des Reichspräsidenten unter die Ernennungsurkunde Dr. Schachts zum Reichsbankpräsidenten erfolgen werde.

Bayern und der neue Reichsbankpräsident.

München, 19. Dez. Von autändlicher Seite wird mitgeteilt: Die Prese meldete, wonach Bayern im Reichsratsauschuss bei der Beratung über die Ernennung der Stelle des Reichsbankpräsidenten sich gegen die Ernennung des Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten ausgesprochen haben soll, ist unrichtig.

Mittelmeerfragen.

Italien.

In den Wirren unserer Tage, in denen Europa unter den Auswirkungen des Versailles Dokumentes dahinsinkt, besonders aber in der innen- und außenpolitischen Not unseres Vaterlandes sind Bewegungen und Vorgänge in den Hintergründen getreten, haben Ereignisse bei der breiten Öffentlichkeit nur eine untergeordnete Beachtung gefunden, die doch geeignet sind, im weiteren über kurz oder lang eine hervorragende Rolle zu spielen und die große Politik nicht nur Europas auf das nachhaltigste zu beeinflussen. Diese Bewegungen umzittern das Beden des gesamten Mittelmeers, um dessen Beherrschung alle daran interessierten Mächte mit zunehmender Verhärtung kämpfen. Die Arbeit des Kampfes selbst wird teils mit der Feder, teils mit dem Schwert, überall aber mit der List und immer wieder angewandeten Kluge und Intrigue der Staatsmänner und Diplomaten geführt. Da merkt man noch nichts von den weltfremden Ideen einer Abschaffung der Geheimdiplomatie, wie sie Herr Wilson 1918 Europa aufzubringen suchte. Da es nun aber für uns Deutsche nötig ist, auch in diesen Zeiten die Augen- und Gedankenverbindung mit der großen Welt draußen nicht zu verlieren, wollen wir überhaupt, uns weiterbildend, zu gewissen Stunden als Mitbeteiligende und nicht nur als Beobachtende, auf den Plan treten können, so müssen wir nicht nur außerdeutsch, sondern auch außereuropäisch, also weltpolitisch denken und urteilen und mit gespanntester Aufmerksamkeit das Treiben der Völker verfolgen. Traß das schon bei den Orientfragen zu, die durch den Frieden von Sanjour ihre Regelung fanden, wo der türkische Nationalstaat seine politische Selbstheit und die Bekämpfung seines nationalen Willens in vorbildlicher Weise zur Geltung zu bringen verstand; so war das nicht weniger nötig bezüglich Italiens, dessen neuer Kurs die Welt vor immer neue physisch-logisch wie politisch interessante Mittel stellt. In diesem Sinne verfolgten wir den Höhenflug Mussolinis, begleiteten wir die Anstrengungen seiner Politik, auch da, wo, wie beim Korfu-Unternehmen, diesem schäumenden Politiker und „Staatsmann“ der Erfolge zunächst nicht beschieden war. Die Entstehung der faschistischen Bewegungen und ihre Ausdehnung über Europa charakterisiert sich als eine Nachwirkung des Weltkrieges, die aus der allgemeinen reaktionären Bewegung gegen die Demokratie hervorgegangen ist. Wir haben in dieser Bewegung also die Gegenrichtung gegen den demokratischen Staatsgedanken zu erkennen, der unfähig, in jenen Ländern sich aktiv und mit positiven Resultaten zu betätigen, sich selbst das Urteil fällte und mit den unzulänglichen Rechten und Befugnissen die wachsende Unzufriedenheit schuf, durch die Staaten nicht auf Staaten zum Grabe auch des Parlamentarismus getan wurde. Dieser, müde, unfähig und entmutigt, geföhnt auf geistig und ziellose Programme, erkannte selbst das Mißverhältnis zwischen Wollen und Vollbringen, zwischen Wort und Tat und räumte mehr oder weniger milde das Feld. Reichlich und ohne wirkliche eigene Gedankenproduktion wurde ihm das umso leichter, als auch der Neuenaufwand und die nötige Selbsterkenntnis abhandelt. Zu all diesen Mißständen kam das wachsende Mißtrauen gegen die Demokratie, die, weid, schwach und ängstlich, Konfessionspolitik zu treiben suchte, nichts Halbes und nichts Ganzes fertigbrachte, und die, noch durchsetzt mit einem guten Einschlag pazifistischer Fasnaden nur darauf bedacht war, das Mäntelchen nach allen Seiten rechtzeitig bereit zu halten. Für alles das haben wir in Deutschland heute ja beföhrenes Verständnis. Unter solchen Verhältnissen und in solchen Zeiten vliegen dann die Männer zu erforschen, die emporgerufen, oder hinuntergedrückt, sich mit rücksichtsloser Gewalt den Weg frei machen und das schaffen, wonach das Volk sich sehnt: die Tat. Das war das Schicksal Italtens, das trat in Spanien ein, wo die Arme sich veranlaßt durch die sich häufenden Mißerfolge der nationalen Politik, des Amtes der parlamentarischen Majorität bemächtigte und von sich aus eine Revolution bildete.

In Italien also griff Mussolini die Lage auf, wie sie sich ihm bot und wir haben gesehen, daß bei allem, was dieser neuartigen Erscheinung unter den modernen Staatsmännern Europas anhaftet, man nur ungeschwer an ihr vorbeigehen, geschweine denn ihre Politik unbedacht lassen kann. Diese Politik steht auf absolut nationalem Boden, sie wird so rücksichtslos nach rein vaterländischen Gesichtspunkten geleitet, daß sie auch vor Vergriffen nicht zurückbleibt und sich von menschlichen nicht entmischen läßt.

Der ganze Frankonkomplex, um den es sich heute dort unten dreht, geht um die Beherrschung des Mittelmeers, dessen Haupttore — Suez und Gibraltar — England besetzt hält und dessen östliches Beden es mit seinen zahlreichen und gut achtferten Stützpunkten in der Hand hat, bleibt der weltliche Teil, in dem Frank-

Die badischen Staatsausgaben und -Einnahmen.

In Goldmark für die Zeit vom 15. November bis 31. März.

Um bei den Sparmaßnahmen einen festen Maßstab für die Höhe der Einnahmen und Ausgaben zu gewinnen, hat der badische Finanzminister in raschem Entschluß unter die Papierwertrechnung einen Strich gemacht und hat eine Neuaufstellung des Haushaltsplanes nach Goldmark vorgenommen.

Die laufenden Ausgaben betragen 37 898 500 G.M. und die laufenden Einnahmen 42 739 970 G.M., so daß ein Ueberschuß von 4 841 470 G.M. bleibt.

Dem Notgesetz ist eine Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung in Goldmark für 4 1/2 Monate (vom 15. November 1923 bis 31. März 1924) beigegeben.

Unter den Ausgaben ist besonders bemerkenswert, daß die Bezirksverwaltung und die Polizei 3 353 000 G.M., die Gruppenpolizei 2 640 200 G.M., die Gefe- und Pflanzanlagen 1 017 550 G.M., die Gefe- und Pflanzanlagen 1 017 550 G.M., die Gefe- und Pflanzanlagen 1 017 550 G.M.

Unter den einmaligen Ausgaben erscheinen (um nur einige der hauptsächlichsten zu nennen) folgende Beträge:

Für die Erstellung neuer Beamtenwohnungen 102 500 G.M., als Aufwand des badischen Staates für die durch innere Umwälzen innerhalb des Landesgebietes verursachten Schäden 200 000 G.M., für die Veranschlagung von Mitteln zur Beschaffung von Lebensmitteln 500 000 G.M., für Darlehen des Landes Baden an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Milchschulden 136 800 G.M.

Da die Mutter eine Tante in Mühlburg hatte, wurde auch ab und zu dorthin ein Briefchen geschickt. Das ruhige Dampfbahnhöfen rüttelte und nicht wenig die ferngerade Allee entlang, und beim Durlacher Tor sitzen wir in die Pferdebahn um. Das war nun ein geräumigeres Fahren durch die Kaiserstraße hindurch bis zur Mühlburger Allee, dort wenigstens hatten die Pferde weichen Boden statt des harten Pflasters unter den Hufen, und das jeweilige Anhalten und das WiederAnsetzen des Wagens wurde ihnen weniger teuer und schwer.

Wir führten über die kurze Brücke in den Garten hinein, der Dintel trat aus dem grünen Stadtfriede vier Uhr hinaus, sahen wir im fahlen Gartenhäuschen bei Wurz und Weiz, oder wir suchten das Ananasbeet heim. Wie aber schieden wir ohne den Korb voll Gemüse, sorten, weichen Blumenkohl, Pfäulen und Kirschen, oder fertigen Birnen und Äpfeln, wie eben die Jahreszeit sie reifte, und dazu den bunten, herbduftenden Blumenstrauch.

Von den Gärten wanderten wir im Spätrüchling auch oft zum Gebirge hinüber, wo im 'Geisberg' an unähnlichen Stellen die 'Daustrau' und 'Stachelbeeren' und am brecktrüchigen Kirschaum die schwarzen Herzstirnen reifen.

Titel 'Wasser- und Straßenbau' befindet sich u. a. ein Betrag von 140 000 G.M. zur Verhütung des Seegrabenkanals als erste Ausbaustufe der Reichsregression abwärts Erlass, ein Betrag von 7000 G.M. als Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Wege, ein Betrag von 25 000 G.M. als Beihilfe an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Wasser- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Kulturunternehmungen, ein Betrag von 30 250 G.M. an Schiffsfahrtsverbände, und ein Betrag von 25 400 G.M. für die außerordentliche Unterhaltung der Landstraßen im französischen Einbruchgebiet bei Offenburg.

Badische Politik

Reichsfinanzminister Dr. Luther in Karlsruhe. Karlsruhe, 19. Dez. Reichsfinanzminister Dr. Luther wird heute nachmittag in Karlsruhe ein treffen, um mit der badischen Regierung über die schwebenden Finanzfragen zu konferieren.

Aus Baden

Durlach, 19. Dez. Unter dem Verdacht der Unterschlagung von Auslandsbriefen wurden hier verschiedene bei der Post beschäftigte Personen verhaftet.

h. Graben, 19. Dez. Darbietungen edler Kunst aus Land hinauszufragen ist ein Unternehmen, das umso herlicher Dank eines musikalischen Publikum verdient, als es den Künstlern Schwierigkeiten verursacht. Das jugendliche Diner-Quartett bot am Sonntag in feiner drei Streichquartetten von Mozart, Beethoven, Schubert einen durchaus befriedigenden Kunstgenuss, dem nur eine zahlreichere Zuhörerschaft zu wünschen gewesen wäre, die höfentlich bei weiteren Konzerten der jungen Künstler nicht ausbleibt.

Brühl (bei Schwetzingen), 19. Dez. Ein früherer Siegelstecher hatte hier einen Motor mühlenbetrieb eingerichtet und bekam große Mengen Getreides zur Ausmahlung zugeführt. Als die Leute das Mehl holen wollten, war nichts davon vorhanden, denn der saubere Müller hatte das Getreide einfach weiterverkauft und sich von dem Geld einen guten Tag gemacht.

Mannheim, 19. Dez. Ein gefährliches Schandfeuer ist gestern Abend in einem Kellerraum der Mälzfabrik W. Lande's Schine ausgebrochen. Vermutlich infolge verbotenen Zigarettenrauchens geriet das in dem Keller lagernde Material in Brand. Es entstand ein derart unangenehmlicher Qualm, daß das Feuer nur unter Zuhilfenahme von Gasmasken bekämpft werden konnte. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Mannheim, 19. Dez. Der 14 Jahre alte Volksschüler Karl Panawald, der am 4. d. M. von einem Kraftwagen überfahren worden ist, erlag am 18. Dezember dem ersten Verletzungen.

Seidelberg, 19. Dez. Verhaftet wurden drei Betriebsratsmitglieder der Waggonfabrik Fuoch, da sie im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 8. Dezember der Umkleitung zum Aufbruch verdächtig sind.

Rippenhelm (N. Fahr), 19. Dez. Zwischen zwei Anwohnern eines Hofes hier war ein Zwist entstanden, in dessen Verlauf der eine der beiden Streitenden dem andern mehrere Faustschläge verleiht. Nachdem die Angelegenheit zur Anzeige gebracht worden war, bot der Angeklagte als Sühne einen Laib Brot und ein Glas Sped an, was auch von dem Kläger bereitwillig angenommen wurde.

Da die Mutter eine Tante in Mühlburg hatte, wurde auch ab und zu dorthin ein Briefchen geschickt. Das ruhige Dampfbahnhöfen rüttelte und nicht wenig die ferngerade Allee entlang, und beim Durlacher Tor sitzen wir in die Pferdebahn um. Das war nun ein geräumigeres Fahren durch die Kaiserstraße hindurch bis zur Mühlburger Allee, dort wenigstens hatten die Pferde weichen Boden statt des harten Pflasters unter den Hufen, und das jeweilige Anhalten und das WiederAnsetzen des Wagens wurde ihnen weniger teuer und schwer.

Jugendbücher.

Gerade noch zur rechten Zeit kommen uns drei erlebte Bücher für die Jugend zu Gesicht. Der Anlaß, sie von dem Verlag Adel & Müller in Leipzig einzuverlangen, war — die Grönländer Chronik! Unter den gegenwärtig hart schaffenden Malern hat nämlich Georg Scholz (sowohl oder weil er gar nicht zur dortigen Kolonie einbezogen werden will) einen besonderen Rang. Unsere Leser wissen vielleicht noch, daß Scholz das Verdienst 'Himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt' von Bergmann mit ungemein feinen Zeichnungen und dem 'Stammisch' von Faulen 'Dobel' von Karillon mit blendend erlenen Phylakterien bebildert hat. Heute stellt er sich uns als Illustriator dreier Bücher der Welt-

Berschiedene Drahtmeldungen

Erfindung.

6. Berlin, 19. Dez. (Drahtber.) Aus der Korrespondenz 'Sonntag' hat das 'Gewissen' die Mitteilung übernommen, daß der Pressechef der Reichsregierung Herr Scheidemann finanzielle Zuwendungen zwecks Samierung der Sozialdemokratischen Partei vermittelt und dadurch die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstaatsfraktion am Ermächtigungsausschuss erlangt habe.

Krisenmacher an der Arbeit.

Berlin, 19. Dez. Dem 'Vormärz' zufolge wandte sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstaatsfraktion an die Reichsregierung wegen der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Gleichzeitig legte der Fraktionsvortrag der Reichsregierung nahe, dem Reichstage bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, der die Ausführung des 84 der Reichsverfassung auf die Grenzen beschränken soll, welche der Weimarer Verfassung damals vorgeschrieben waren.

Falsche Zwanzig-Billionenscheine.

Berlin, 19. Dez. (Drahtber.) Seit einigen Tagen waren in Berlin falsche Zwanzig-Billionenscheine im Umlauf, die aus Zwanzigmillionenscheinen der Reichsbank durch Umwandlung des 'M' in ein 'B' hergestellert worden waren. Heute gelang es der Kriminalpolizei, dreizehn Personen festzunehmen, welche die gefälschten Scheine vertrieben. Die bei ihnen vorgefundenen Scheine wurden beschlagnahmt und die Personen verhaftet. Der Verhaft ist man auf der Spur.

Amerikas Abneigung gegen Verhandlungen mit Rußland.

Washington, 19. Dez. Staatssekretär (Minister) Hughes hat die russische Sowjetregierung durch den Konsul der Vereinigten Staaten in New York benachrichtigt, daß im Augenblick kein Grund für die vom russischen Außenminister angeregten Verhandlungen zu bestehen scheint. Derartige Verhandlungen seien unmöglich, solange nicht die russische Propaganda zwecks Umkehr der bestehenden Ordnung in den Vereinigten Staaten eingestellt sei.

Bunte Chronik

Großfeuer in der Zuckerraffinerie Tangermünde. In der Zuckerraffinerie Tangermünde, der größten Anlage dieser Art auf dem europäischen Festlande, brach am Montag morgen um halb 3 Uhr ein Großfeuer aus. Durch das schnelle Ausbreiten der Flammen wurde der Bau B, der alte, der Fabrik vernichtet und auch die Aitenlagerer von den Flammen ergriffen. Das Resthaus konnte gehalten werden. Da von dem brennenden Gebäude kaum noch etwas zu retten war, mußten sich nach der 'Magdeburgerischen Zeitung' die Feuerwehren, die aus Stendal, Salzwedel, Tangermünde und Magdeburg erschienen, darauf beschränken, eine weitere Brandausbreitung zu verhindern. In dem Brand der Zuckerraffinerie Tangermünde erlitt B. A. von der Direktion des Unternehmens folgendes: Der Brand ist nicht so schlimm, wie er in der Zeitung geschildert wird. Die alte Raffinerie C ist ganz abgebrannt. Die Brandstiftung vorliegt, ist fraglich. Es war der Teil der Fabrik, der abgebrannt und aufgegeben werden sollte. Es ist weder Kohlen- noch Bekäuder verbrannt, sondern nur einige Nachprodukte. Der Betrieb geht ununterbrochen weiter. Die Fabrik ist in Gold voll verpackt.

Die Jagd auf Schlemmer. Auf Grund der scharfen Verordnung des Generalkonsulmiffars gegen Schlemmer hat die Münchener Polizeidirektion eine Gesellschaft Berliner Herren und zwei junger in München auftre-

tende Tänzerinnen verhaftet, die einen Automobilausflug in das Harz mit einem Festgelage für 700 Goldmark abgeschlossen hatten. Die beiden Tänzerinnen wurden am nächsten Tage zur Ausübung ihres Berufes wieder aus dem Polizeirevier entlassen, die Berliner Herren dagegen in Haft behalten. Die Berliner haben sich nun, um wieder frei zu kommen, nach einwöchiger Haft zur Zahlung einer Geldbuße von 3000 Goldmark bereit erklärt, die von der Gattin des einen Teilnehmers persönlich nach München gebracht und auf der Polizeidirektion eingezahlt wurden. Die Berliner wurden darauf freigelassen.

Ein Elternmordprozeß. Unter der furchtbaren Anklage, seine Eltern durch Gift betätigt zu haben, stand der Landwirtsohn Jos. Pfendl von Gundelschweig vor dem Volksgericht in Regensburg. Nach dem Tode der Eltern konnten die Ärzte nicht mit Bestimmtheit nachweisen, ob der Tod der beiden Menschen infolge der Vergiftung eingetreten ist. Alles sprach aber für die Schuld Pfendls, der seine Eltern deshalb aus dem Wege räumte, weil sie ihm wegen einer von ihnen nicht gutgeheißenen Ehe zu erben drohten. Pfendl wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zweimalige Todesstrafe beantragt.

Sport/Spiel

Reischnes im hohen Schwarzwald.

en. Vom Hochschwarzwald, 19. Dez. (Privattelegr.) Am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch ist im Gebirge wieder ein Wetterumschlag eingetreten. Der alte Schnee war in den Tagen zuvor stark zusammengeschmolzen; in mittleren Berglagen verformte die Schneedecke sich teilweise. Anfolgend eines Temperaturrückgangs ergingen die Niederschläge gestern wieder in Schnee über, allerdings sind die gefallenen Schneemengen noch gering. Im nördlichen Schwarzwald liegt amur bis auf 700 Meter herab eine gefällene dünne Schneedecke, doch sind die Höhen noch unbedeckt. Starke Schneefälle am Mittwochnachmittag beschränkten sich meist auf die Nebenebene und das nördliche Baden. Im südlichen Hochschwarzwald, vor allem im Feldberggebiet, sind dagegen weitere Schneefälle niedergegangen, so daß dort die Verhältnisse die besten sind. Auch vom Sehen- und Kandelstich werden ideale Skibahnen gemeldet. Bei mäßigen, aber zunehmendem Froste haben weitere Schneefälle bevor, so daß mit allgemein anhaltenden Winterverhältnissen zu rechnen ist. Einzelmeldungen liegen wie folgt vor:

- Sundsee: 2 Zentimeter trockener Reischnes auf einem Hügel, best. - 3 Grad.
Hornisried: 20 bis 25 Zentimeter Schneefälle, 3 Zentimeter trockener Reischnes, - 4 Grad, Nebel, Skibahn fahrbar.
Feldberg: Schneehöhe 60 Zentimeter, 3-10 Zentimeter trockener Reischnes, - 6 Grad, Nebel, und teilweise Schneefall, Skibahn sehr gut bis 900 Meter herab.
Hornisried: 20 bis 25 Zentimeter Schneefälle, 3 Zentimeter trockener Reischnes, - 4 Grad, Nebel, Skibahn fahrbar.
Kandelstich: 30 Zentimeter Schneehöhe, leichter Schneefall, - 5 Grad, Skibahn bis St. Margen gut.
Tilke-Sinterarten: - 3 Grad, Nebel und leichter Schneefall, 5 bis 15 Zentimeter Schneehöhe.

Schlüsselzahlen des 20. Dezember

- Badischer Einzelhandel: 1000 (Vortrag 1000) Milliarden Karlsruher Feuerungssatz (mit Velleidung): 21410 17. Dez. 1210,1 Milld. (Vorm. 1 289 262 361 989,82)
Badische Landesinduzier (mit Velleidung): 21410 17. Dez. 1208 Milliarden (Vormd. 1283,6)
Badische Landesinduzier (ohne Velleidung): 21410 17. Dez. 1107,7 Milliarden (Vormd. 1176,5)
Reichsinduzier für Lebensmittel: 21410 17. Dez. 1168 Milliarden gegen 1209 der Vormd.
Großhandelsinduzier: 18. Dez. gegenüber dem Stande vom 11. Dez. 124,5 gegen 127,4.
Goldmündungsmaß für die Reichsbank: 1 Billion.
Goldmark: 1 002 000 000 000.
Schlüsselzahl der Reichsbank: 1 Billion (allg. von Witternacht bis Witternacht).
Badisches Landesinduzier: 1 Billion.
Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenbeiträge: 1,4 Milliarden.
Schlüsselzahl für das Industriegebiet: 66 Milliarden.
Buchhändler-Schlüsselzahl: 1,1 Billion.

Im Simplex mit dem geradezu kongenialen Talent für Spitz, Zeitlichkeit, Einfalt, Pögeleben und Kriegsschreden, Zeichnung und Farbe, Ueberführung und eine überlegene, humorvolle Einfühlung auf jedem Blatt, die farbigen insbesondere von herausragendem Reiz. Die Leistung Georg Scholz' ist als selbständiges Kunstwerk zu bewerten, und so werden die hier angelegten Augenbäcker tatsächlich zu vollkommener, hoheitreichlichen Erscheinungen des Buchermartes und eine nicht leicht zu überbietende Weisungsgabe für Jung und auch für Alt.

Kunst und Wissenschaft

Eine Ausstellung 'Kalenderkunst' in Mannheim. In der Städtlichen Kunsthalle in Mannheim wurde eine Ausstellung 'Kalenderkunst' eröffnet, die zum ersten Male in Deutschland eine umfassende Schau der verschiedenen Arten von Kalendern seit fünf Jahrhunderten bietet. Die Ausstellung hat sich zum Ziel gesetzt, diesem künstlerisch wie drucktechnisch heruntergekommenen Kunstgewerbe wieder etwas aufzuwickeln. Diefem Zweck dienend, haben die größeren deutschen Firmen und Kunstinstitute ihre Bestände zur Verfügung gestellt.

Deutsche Worte.

Das Gedächtnis des neuen Reiches beruht zum größten Teile darauf, daß sich alle deutschen Stämme geistig näher rücken, daß sich namentlich in der gesamten Nation die Ueberzeugung befestigt, wie der deutsche Norden und Süden durchaus zu einander gehören, erst miteinander ein Ganzes bilden. Mit machender Verständigung zwischen beiden Teilen wird unser nationales Leben sich nach allen Seiten aus das Verrückte entfalten; je mehr jene fehlt, desto mehr werden die besten Triebe der Nation verkümmern. Aus dem Vorwort zu Wilhelm Giesebrechts Deutschen Reden 1871.

